

**BDS.**

www.bds-dgv.de

Januar/Februar 2016

# Der Selbständige

Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen e.V.

## Kolumne

Hugo Müller-Vogg  
über „Sprachpolizisten“  
*Seite 3*

## Meinung

Nicolaus Fest polarisiert  
politisch inkorrekt  
*Seite 5*

## BDS-Regional

Aktuelles aus  
Baden-Württemberg  
*Seiten 11 - 15*



**Axel Fischer zur Flüchtlingskrise**

# HOCHEXPLOSIVES

# PULVERFASS

*Seite 6*



Elmo Hagendorf und Thomas Tänzler  
Inhaber der Design-Hotels Lux 11 und The Weinmeister in Berlin-Mitte  
Allianz Kunden seit 1992 bzw. 2008

# 1

*Eine Erfahrung:  
Qualifizierte  
Mitarbeiter wollen  
wie lange als nur  
ein paar Tage  
halten.*

## **Die betriebliche Altersversorgung der Allianz: Deutschlands Nummer 1.**

Sie wollen, dass sich Ihre Mitarbeiter bei Ihnen wohl fühlen und gemeinsam mit Ihnen in die Zukunft blicken? Dann entscheiden Sie sich für die betriebliche Altersversorgung der Allianz. So profitieren Ihre Arbeitnehmer und Sie nicht nur von Steuervorteilen bzw. Sozialabgabensparnissen, sondern auch von unserer langjährigen Erfahrung und ausgezeichneten Kompetenz sowie unseren hochqualifizierten Mitarbeitern und effizienten Services. Wir ermöglichen Ihnen eine Win-win-Situation, bei der Sie auf verwaltungsarmem Weg Ihre Mitarbeiter fördern und an sich binden. Vertrauen Sie bei Produkt und Partner auf die Allianz. Als Komplettanbieter verfügen wir über besondere Expertise in allen Formen der betrieblichen Altersversorgung. Weitere Informationen unter [www.business.allianz.de](http://www.business.allianz.de)

**Allianz** 



von Dr. Hugo Müller-Vogg

## „Neue deutsche Medienmacher“ als Sprachpolizisten

Die Broschüre trägt den Titel: „Glossar der Neuen deutschen Medienmacher – Formulierungshilfen für die Berichterstattung im Einwanderungsland“. Vor einiger Zeit lag sie in Berlin im Haus der Bundespressekonferenz aus, 3. Auflage vom 1. Oktober 2015. Wer glaubt, der deutschen Sprache nicht mächtig und auf Formulierungshilfe angewiesen zu sein, kann sich bedienen. Wer nicht weiß, ob seine Terminologie politisch korrekt ist, erst recht.

### Das große „I“ als Signal

Die „Neuen deutschen Medienmacher“ sind nach eigenen Angaben „ein bundesweiter unabhängiger Zusammenschluss von JournalistInnen mit und ohne Migrationshintergrund.“ Das große „I“ in Journalistinnen ver-rät gleich, aus welcher Ecke der publizistische Wind weht. Weiter heißt es:

„Unser Netzwerk versteht sich als Interessenvertretung für Medienschaffende mit Migrationshintergrund und tritt für eine ausgewogene Berichterstattung ein, die das Einwanderungsland Deutschland adäquat wiedergibt.“

Was diese Interessengruppe unter einer „ausgewogenen“ Berichterstattung versteht, wird deutlich, wenn man sich mit dem Glossar beschäftigt, das in nüchterner, scheinbar wissenschaftlicher Diktion erklärt, dass der Begriff Asylant „negativ konnotiert“ sei, und Worte wie Asylantenflut oder Asylantenstrom „von Experten“ als „emotional aufgeladene Angstmacherei“

kritisiert würden. Die neuen deutschen Medienmacher sagen nicht nur, was man nicht schreiben soll, sie machen auch Vorschläge für eine bessere, das heißt politisch-korrekte Wortwahl: Zuzug statt Asylantenstrom, Schutzsuchender statt Asylant, Geflüchtete statt Wirtschaftsflüchtlinge.

### Politik mit Wortwahl

Natürlich geht es hier gar nicht um die richtige oder falsche Wortwahl.

Das Netzwerk will mit Worten Politik machen. Wer sich an das Glossar hält, propagiert allein durch seine Wortwahl eine Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik, die den mehr oder weniger unregulierten und unbegrenzten „Zuzug“ von „Schutzsuchenden“ zum Ziel hat. Demnach steht auch das Wort „Asylmissbrauch“ als „Kampfbegriff von Rechtsextremen“ auf dem Index der verbotenen Begriffe. Hier die trickreiche Begründung:

„Hinsichtlich der Begriffe Asylmissbrauch oder Sozialmissbrauch ist zu beachten: Ein Recht einzufordern beziehungsweise zu beantragen, ist kein Missbrauch, selbst wenn das Begehren erfolglos bleibt. Missbräuchlich ist erst der Betrugsversuch.“ Wenn nach dieser Logik ein Arbeit-suchender aus Mazedonien hierher kommt und Asyl beantragt, obwohl er weder politisch noch aus anderen Gründen verfolgt ist, fordert er nur ein Recht ein. Alles klar? Alles klar!

Noch ein paar Kostproben, was man nicht mehr schreiben und senden soll, wenn

man nicht gegen die Vorschriften dieser Spracherzieher verstoßen will. Ausländerkriminalität darf nur für solche Gesetzesverstöße verwendet werden, die ausschließlich von Ausländern begangen werden können wie Visavergehen. Werden Asylbewerber dagegen untereinander gewalttätig, dann ist das „allgemein unter Kriminalität“ einzuordnen.

Die politische Absicht ist klar: Kein Leser soll erfahren, ob „Zugezogene“ straffällig werden oder nicht.

Die Bezeichnung „ausländischer Mitbürger“ wird immerhin als „wohlmeinend“ eingestuft, sogleich aber als widersprüchlich verworfen.

Wer aus dem Ausland gekommen ist und inzwischen einen deutschen Pass hat, ist demnach kein Ausländer. Weiter heißt es: „Soll die nicht-deutsche Staatsbürgerschaft betont werden, ist ausländischer Bürger passender, da beim ‚Mit-Bürger‘ ein unnötiges ‚Othering‘ stattfindet, d.h. ein Mitbürger ist damit scheinbar anders als ein Bürger.“ Auf die Idee muss man erst mal kommen: „ein unnötiges Othering.“

### Asylkritiker sind Rechtsextreme?

Unsere „Medienmacher“ lehnen die Worte Asylkritiker und Asylgegner als „Euphemismen“ für Rassisten und Rechtsextremisten ab. Heißt das etwa, dass jeder, der die aktuelle Asylpolitik kritisch sieht, automatisch ein Rassist oder Extremist ist? Das verrät das Glossar nicht; doch man merkt die Absicht. Überdies vermeldet die Initiative

einen sprachpolitischen Erfolg: „Die Nachrichtenagentur dpa verwendet die Begriffe Asylkritiker/Asylgegner seit Juli 2015 nicht mehr, weil sie beschönigend sind.“ Na also: Es klappt doch schon ganz gut mit dem „Neusprech“.

Noch ein Beispiel, wie dieses Netzwerk die Sprache in ihrem Sinn zu politisieren versucht. „Illegale Migranten“ oder gar „Illegale“ gehen gar nicht, da Illegalität mit Kriminalität assoziiert werde. Was aber, wenn sich Menschen tatsächlich illegal im Land aufhalten, was derzeit sicher auf einige Hunderttausend zutrifft? Da wissen die Medienmacher Rat: „illegalisierte Migranten.“ Das heißt übersetzt: Der illegale Zuwanderer ist eigentlich nicht illegal hier, er wird nur zum Illegalen gemacht. Kein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Natürlich ist es das gute Recht von „JournalistInnen mit und ohne Migrationshintergrund“ für eine Asylpolitik nach dem Motto „Lasst alle zu uns kommen“ einzutreten.

Aber wäre es nicht ehrlicher, sich als „Neu-deutsche Medienmacher“ zur eigenen politischen Agenda zu bekennen, statt die wahren Ziele hinter dem Schutzschild scheinbar neutraler Sprachkritik zu verbergen? Das Gegenteil ist jedoch der Fall: Die neuen deutschen Sprachpolizisten (pardon: Poli-

zistInnen) tarnen sich als gutmeinende Lehrbeauftragte für die Reinheit der deutschen Sprache. Ein nettes, aber allzu durchsichtiges Manöver.

#### Immer dabei: der Steuerzahler

Übrigens: Die zuwanderungsfördernde Tätigkeit der „Neuen deutschen Medienmacher“ liegt offenbar im Interesse der Bundesregierung.

Jedenfalls führt das Netzwerk auf seiner Homepage gleich zwei Regierungsinstitutionen als Unterstützer auf: die direkt im Kanzleramt angesiedelte „Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration“ sowie das dem Innenministerium unterstellte „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)“, jeweils mit dem Bundesadler als offiziellem Gütestempel. Man kann es auch so sehen: Bei den „SprachpolizistInnen“ ist der Steuerzahler mit dabei – als Zahlmeister. ■

Erstveröffentlichung:  
„Tichys Einblick - die liberal-konservative Meinungsseite -  
[www.rolandtichy.de](http://www.rolandtichy.de).



Hugo Müller-Vogg war Mitherausgeber  
der FAZ, Bild-Kolumnist und ist  
heute gefragter Gesprächspartner  
der Nachrichtensender n-tv,  
N24 und Phoenix

## EXKLUSIVER SERVICE FÜR BDS-MITGLIEDER



Sonderkonditionen für die Altersvorsorge

Der Bund der Selbständigen hat zusammen mit der Allianz Lebensversicherungs-AG ein innovatives, umfassendes und erfolgreiches Konzept für die betriebliche und private Altersversorgung entwickelt.

BDS-Mitglieder einzelner Landesverbände profitieren durch diese Kooperation von attraktiven Konditionen und einem kompetenten, finanzstarken Partner. Die Allianz Lebensversicherungs-AG ist das führende Unternehmen im Bereich Altersvorsorge und



wird regelmäßig von unabhängigen Ratingagenturen mit Bestnoten für die Punkte Sicherheit und Ertragskraft bewertet. Als Ihr Vertragspartner steht sie Ihnen bei allen Vorsorgefragen zur Seite.

Interesse geweckt? Informieren Sie sich unter [www.allianz.de](http://www.allianz.de) oder finden Sie Ihren Ansprechpartner unter [www.allianz.de/agentursuche](http://www.allianz.de/agentursuche).

Er berät sie individuell und erstellt Ihnen ein unverbindliches persönliches Angebot gemäß den BDS-Konditionen. ■

**E**in Begriff geht um: Verrohung. Innenminister de Maiziere hat diese Entwicklung konstatiert, dazu mehrere Soziologen und Kirchenleute, ebenso führende Politiker von GRÜNEN und SPD. Auch die Medien haben diese Thematik aufgegriffen, besonders dezidiert Markus Feldenkirchen auf SPIEGEL ONLINE. Sein Beitrag ‚Deutsche Verrohung: Was ist nur aus diesem Land geworden?‘ erhielt auf Facebook zahlreiche Likes und zustimmende Kommentare, auch von Kollegen. Und spätestens hier beginnt das Rätsel.

‚Verrohung‘, das steckt schon im Begriff, ist ein Prozeß. Somit läge die Frage nicht völlig fern, wann dieser Prozeß des Niedergangs ziviler Formen begonnen hat: Mit der AfD, wie Feldenkirchen wohl meint, oder mit Pegida? Vielleicht mit den nirgends verurteilten Anschlügen auf AfD-Wahlstände, auf Wohnungen und Autos konservativer Politiker? Oder vielleicht noch viel früher, mit dem Bombenanschlag der Tupamaros auf das jüdische Gemeindezentrum in Berlin, mit den Klappspatenangriffen auf einen hilflosen Beamten in Brokdorf, mit den Willen und Stahlkugeln, die in Wackersdorf und bei den schweren Krawallen um die Startbahn West gegen Polizisten Einsatz fanden? Mit all den Vokabeln der Dehumanisierung und Ausgrenzung, die Linke heute noch verwenden, den ‚Bullenschweinen‘, ‚Systempolitikern‘, ‚Faschisten‘, mit dem Kürzel ‚ACAB‘ (All Cops Are Bastards)? Mit dem Göttinger Mescalero-Artikel, der 1977 den „Abschuß“ von Generalstaatsanwalt Buback feierte, mit dem geradezu maßlosen Haß auf Ronald Reagan bei seinem Berlin-Besuch 1987 oder auf Hel-



mut Kohl bei seiner Rede am 10. November 1989, ebenfalls in Berlin? Und könnte es sein, dass die NSU nur die rechte Verrohungsvariante jener terroristischen Bündnisse ist, die weit in linke Kreise hinein klammheimliche Sympathien genossen?

Schon angesichts dieser keineswegs vollständigen Auflistung könnte man auch fragen, ob Verrohung nicht gleichsam zur DNA der Linken zählt, zum nicht nur rhetorischen Kernbestand jeder ihrer gesellschaftspolitischen Engagements. Ob bei den Hausbesetzungen der Hafenstraße und Roten Flora in Hamburg oder bei den Aktionen von ATTAC, ob bei den Protesten gegen Atomkraft oder Nachrüstung, immer war eines gewiß: Eine zivilisierte, politische Lösung war oft über Jahre nicht gewollt. Man zielte, schon aus Gründen der medialen Aufmerksamkeit, auf Randalen, und so sind

auch die jährlichen Ausschreitungen zum 1. Mai in Hamburg und Berlin, entgegen aller anti-kapitalistischen Drapierung, Festivals eben jener „Wirtshausschlägerei-Stimmung“, die Feldenkirchen als neu bemerkt haben will. Tatsächlich gehört sie jedoch seit 1968 zum politischen Selbstverständnis der radikalen Linken.

Und natürlich könnte man auch fragen, inwieweit die Medien, und nicht zuletzt der SPIEGEL, an dieser Verrohung teilhatten. Mit ihrer Aufkündigung des anti-totalitären Comments, mit ihrem Verständnis für ‚Gewalt gegen Sachen‘, ihrer belustigten Kommentierung von Schlingensief „Tötet Helmut Kohl“. Und natürlich mit ihrer Verharmlosung der lebensgefährdenden Attacken Joschka Fischers als ‚biographische Brüche‘.

Schließlich: Wenn man wirklich über Verrohung sprechen will, über den Niedergang eines Gemeinwesens, sollte man auch jene Gruppe ins Auge fassen, die am deutlichsten für diese Entwicklung steht: Mit ‚Ehrenmorden‘, Zwangsheiraten, Bildungsferne, Homophobie, ‚Deutschenklatschen‘, mit all dem ungezügelter Rassismus, denen sich deutsche Schulkinder schon seit Jahren an vielen Schulen ausgesetzt sehen. Oder soll man hier Verrohung als kulturelle Eigenständigkeit begreifen?

Viele Fragen, Feldenkirchen stellt keine einzige. Verroht, so sein Urteil, sind immer die anderen, und nur die Deutschen. So einfach. Doch vielleicht liegt gerade in dieser Simplität der Zauber, den viele Kommentatoren und Follower auf Facebook so attraktiv finden – und der auch ein Urteil über sie spricht. ■

[www.nicolaus-fest.de](http://www.nicolaus-fest.de)

Nicolaus  
Fest war  
stellvertreter  
Chef-  
redakteur  
der  
Bild am  
Sonntag

# Über Verrohung

Meinungsjournalist **Nicolaus Fest** über die Aufkündigung des anti-totalitären Comments

# Hochexplosives Pulverfass

Haushaltsexperte **Axel Fischer**: Romantische Illusion an der Realität zerplatzt

**D**er Karlsruher CDU-Bundestagsabgeordnete Axel Fischer ist für seine deutliche Sprache bekannt. Dass der studierte Diplom-Ingenieur (Maschinenbau) mit seiner Meinung nicht immer auf der offiziellen Parteilinie liegt, hängt sicher auch mit seinen Wahlergebnissen zusammen. So erreichte Fischer bei der letzten Bundestagswahl mit 53,3 Prozent der Erststimmen ein Spitzenergebnis.

In einem Gespräch mit den BDS-Vertretern Günther Hieber, Hans-Peter Murmann und Joachim Schäfer machte Fischer aber sogleich deutlich, dass er die Beschlüsse des CDU-Parteitags zur Flüchtlingskrise unterstützt – dies besonders mit Blick auf die beschlossene Reduzierung der Zuwanderung.

## Inakzeptable Situationen

So sei die Überdehnung beziehungsweise der Missbrauch des Grundrechts auf Asyl durch eine Vielzahl von Flüchtlingen einerseits sowie das Fehlen eines funktionierenden und geordneten Zuwanderungssystems nach Deutschland andererseits maßgeblich für inakzeptable Situationen vielerorts verantwortlich. Die bedauerlichen Auseinandersetzungen zwischen Teilen der deutschen Bevölkerung und Migranten zeigten überdeutlich, dass Schwellen des Miteinanders überschritten wurden, betonte Fischer. Langzeiterfahrungen mit fehlender Integrationsbereitschaft und Integrationsfähigkeit Zugewanderter würden dazu beitragen, so Fischer weiter, „dass wir in Deutschland derzeit vielerorts statt auf der vom linken Parteienspektrum immer versprochenen para-



Axel Fischer ist Mitglied des Haushaltsausschusses und Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion für den Etat „Arbeit und Soziales“. Zudem ist er Mitglied des Fraktionsvorstandes

diesischen Wiese bereichernder kultureller Vielfalt zunehmend auf einem hochexplosivem Pulverfass unterschiedlicher nichtintegrierter Kulturen sitzen“. Nach seiner Ansicht ist die romantische Illusion so manch Alt-68iger von einer multikulturellen Gesellschaft am harten Kern der Realität zerplatzt.

## Ideologisch verbrämte Zustände

Seine Kritik richte sich auch gegen die Landesregierungen und Kommunen, die aus ideologischen Gründen viel zu lange ihre Augen vor den tatsächlichen Problemen und Problemgruppen verschlossen

und die Zustände ideologisch verbrämt hätten, unterstrich Fischer. Zudem belaste eine zögerliche Abschiebung von Menschen ohne Aufenthaltsrecht selbst bei Straffälligkeit das Rechtsempfinden der Bürger und sei Mitursache für die vielerorts zur Schau gestellte pauschale Ablehnung von Flüchtlingen. Nach seiner Ansicht gelte es daher, möglichst schnell und effizient „die Trümmer geplatzter multikultureller Luftschlösser wegzuräumen“, um den Weg für ein dauerhaft friedliches, freiheitliches und demokratisches Gemeinwesen zu ebnen.



Mit dem CDU-Haushaltsexperten Axel Fischer trafen sich BDS-Präsident Günther Hieber, Vizepräsident Hans-Peter Murmann und Joachim Schäfer zu einem intensiven Gedankenaustausch

### Subventionierte Zwangsfaulenzerei

Fischer zeigte sich überzeugt, dass für Migranten im arbeitsfähigen Alter Beschäftigungsangebote geschaffen werden müssten, damit die „staatlich subventionierte Zwangsfaulenzerei“ beendet werde. Dies könne durch unter anderem unbezahlte Orientierungspraktika und die Verpflichtung zu gemeinnützigen Tätigkeiten für geduldete und anerkannte Flüchtlinge erreicht werden. Derartige Maßnahmen, so Fischer weiter, trügen nicht nur zur Förderung der Sprachentwicklung bei, sondern erleichterten auch den Erwerb kultureller Zusammenhänge.

### TTIP als letzte Chance

Als Mitglied des Haushaltsausschusses und stellvertretendes Mitglied des Auswärtigen Ausschusses plädiert Fischer ohne Wenn und Aber für das Inkrafttreten des Freihandelsabkommens TTIP. Befürchtungen, dass bewährte Standards in den Bereichen Arbeitnehmer-, Umwelt-, Gesundheits- und Verbrau-

cherschutz durch das Freihandelsabkommen gefährdet würden, teilt Fischer nicht. Das Gegenteil sei der Fall, so seine Botschaft. TTIP sei möglicherweise die letzte Chance, hohe Standards angesichts aufstrebender Mächte wie China, Indien oder den Asian-Staaten zu setzen.

### Ambitionierte Ziele

Natürlich würden die ambitionierten Ziele des Freihandelsabkommens nicht auf Kosten der Souveränität der Staaten gehen, konkretisierte Fischer sein Engagement. Das Recht, auch in Zukunft im Sinne des Allgemeinwohls zu agieren, werde nicht angetastet werden, versprach der streitbare Abgeordnete. Es werde sichergestellt, dass der jeweilige Gesetzgeber das Schutzniveau, etwa im Bereich des Umweltschutz oder Verbraucherschutzes, selbst festlegen kann. Auch eine Privatisierung oder Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen, insbesondere in der öffentlichen Daseinsvorsorge, werde nicht erfolgen, hob Fischer hervor. A.S. ■



Zur Person

## Axel Fischer

**A**xel Fischer (Jahrgang 1966) ist 1998 über die Landesliste Baden-Württemberg und danach stets als direkt gewählter Abgeordneter des Bundestagswahlkreises Karlsruhe-Land in den Bundestag eingezogen. Bei der Bundestagswahl 2013 erreichte er 53,3 Prozent der Erststimmen.

Fischer ist seit 2009 Mitglied des Haushaltsausschusses und Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion für den Etat „Arbeit und Soziales“. Zudem ist er Mitglied des Fraktionsvorstandes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Der studierte Diplom-Ingenieur (Maschinenbau) ist Hauptmann der Reserve. Innerhalb der Parlamentarischen Versammlung des Europarates ist Fischer Leiter der Delegation des Deutschen Bundestages und Sprecher der CDU/CSU-Fraktion. Weiterhin ist er Vizepräsident der Versammlung und stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europarat.

Fischer war von Mai 2010 bis April 2013 Vorsitzender der Enquete-Kommission „Internet und Digitale Gesellschaft“. In dieser Eigenschaft forderte er in einem Interview mit der „Badische Neueste Nachrichten“ und auf seiner Facebook-Seite ein „Vermummungsverbot“ im Internet, also eine Pflicht zur Klarnennung des Namens im Internet in ausnahmslos allen Internetforen. Im Gegenzug müsse – so Fischer weiter – ein „Radiergummi“ entwickelt werden, mit dem man Inhalte aus dem Internet löschen könne. Diese Forderung brachte Fischer sehr viel Kritik über den Blog-Dienst Twitter ein. ■

## IMPRESSUM

### Der Selbständige

ISSN 0946-3224  
Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband  
Hrsgs: Bundesverband der Selbständigen – Reinhardstrasse 35, 10117 Berlin  
Telefon (030) 280491-0/Fax -11  
Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich), Thomas Brüggemann, Anita Schäfer  
Fotos: J. Schäfer

Layout & © Titel: Joachim Schäfer  
Erscheinungsweise: 10 x jährlich  
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Berlin

### Bezugsbedingungen:

Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zum BDS abgegolten. Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.  
© by: Bundesverband der Selbständigen

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr. Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben Bundesverband der Selbständigen und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.  
Briefe und Manuskripte an:

Bundesverband der Selbständigen – Reinhardstrasse 35, 10117 Berlin  
Telefon (030) 280491-0/Fax -11  
Internet: www.bds-dgv.de  
E-Mail: info@bds-nrw.de

**Hinweis:** In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.

## BETRIEBLICHE ALTERSVORSORGE

# ... und sie lohnt sich doch!

„Ein Verlustgeschäft für Arbeitnehmer, keine lohnende Anlage für den Ruhestand“, so urteilte die Presse zuletzt häufig über die betriebliche Altersversorgung (bAV). Oft sind es extreme Einzelfälle, die als Beispiel herangezogen werden, um die bAV in Misskredit zu bringen. Das verunsichert die Verbraucher. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des Instituts für Vorsorge und Finanzplanung (IVFP) und liefert als Ergänzung gute Gründe, warum sich eine Betriebsrente i.d.R. doch rentiert.

### 30 PROZENT HÖHERE NETTORENTE

„Auf den ersten Blick ist die Betriebsrente zwar ab ihrer Auszahlung mit höheren Abgaben belastet als die Privatrente“, erklärt Prof. Thomas Dommermuth vom IVFP: „Dafür fallen in der Ansparphase auf die monatlichen Beiträge zur bAV keine Steuern und Sozialabgaben an“ Dadurch kann im Vergleich zur privaten Altersversorgung (pAV) ein nahezu doppelt so hoher Beitrag gespart werden. Unterm Strich führt dies zu einer um durchschnittlich 30 % höheren Nettorente im Vergleich zur privaten Vorsorge. Dazu tragen unter anderem der durch Steuer- und Sozialversicherungssparnis mögliche höhere Sparbeitrag und eine i.d.R. deutlich niedrigere Steuerbelastung in der Rentenphase bei. Außerdem führen die über den Arbeitgeber (AG) erzielbaren Gruppenkonditionen, ihre attraktiven Konditionen als BdS-Mitglied und eventuelle Arbeitgeberzuschüsse zu höheren Leistungen im Vergleich zu einem Privattarif.

### BEI WELCHEM EINKOMMEN SIE BESONDERS PROFITIEREN

Natürlich ist der konkrete Vorteil, den eine bAV im Vergleich zur privaten bietet, von der Höhe des

Einkommens und den sonstigen persönlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten abhängig. So fällt der Vorteil einer bAV bei Einkommen um die 25.000 EUR geringer aus als bei höheren Einkommen um die 49.500 EUR. Der Grund dafür ist, dass Geringverdiener in der Ansparphase keine oder eine nur sehr geringe Steuerersparnis haben, im Rentenalter allerdings mit Beiträgen zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung belastet sind. Bei Gehältern ab 49.500 EUR mit freiwilliger gesetzlicher Krankenversicherung nimmt die Vorteilhaftigkeit gegenüber geringeren Einkommen ab, da keine Beiträge zur Krankenversicherung mehr eingespart werden können, in der Rentenphase jedoch Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung anfallen.

Wieder anders sieht es in der gleichen Gehaltsstufe bei auch im Rentenalter privat krankenversicherten Arbeitnehmern aus. Hier steigt die Vorteilhaftigkeit der bAV gegenüber der privaten Vorsorge deutlich an. Das liegt daran, dass in der Ansparphase eine verhältnismäßig hohe Ersparnis bei den Steuer- und Sozialversicherungsbeiträgen entsteht und die Sparer im Alter in der Regel einen niedrigeren Steuersatz haben als in der Erwerbsphase. Zusätzlich fallen in der Auszahlungsphase aufgrund der privaten Krankenversicherung keine Beiträge in der gesetzlichen an. Bei Gehältern ab ca. 72.600 EUR und einer privaten Krankenversicherung spielen die Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung keine Rolle. Allerdings ist bei hohen Einkommen in der Erwerbsphase davon auszugehen, dass der Sparer auch in der Leistungsphase einen relativ hohen Steuer-

satz haben wird, mit dem die Leistungen der bAV besteuert werden müssen. Deshalb verringert sich der Vorteil der bAV umso mehr, je näher der künftige Rentner dem Spitzensteuersatz von 45 Prozent kommt.

Kritische  
Pressestimmen zur Betriebsrente verunsichern Verbraucher. Dabei kann sich die Rendite sehen lassen. Besonders für Sie als BDS-Mitglied

### DIESE SERVICES BIETET DIE ALLIANZ DEM ARBEITGEBER

Viele Chefs machen immer noch einen Bogen um die Betriebsrente. Angeblich sei sie mit einem hohen Verwaltungsaufwand und unkalkulierbaren Risiken ohne sichtbaren Vorteil verbunden. Diese Befürchtungen sind bei den Produkten der Allianz unbegründet. So muss zwar der AG z.B. bei einer Beitragszusage mit Mindestleistung für die eingezahlten Beiträge haften. Bei Wahl der entsprechenden Tarife wird diese Mindestleistung aber garantiert, sodass eine Nachschusspflicht des AG ausgeschlossen ist. „Für den AG rentiert sich die Betriebsrente zum einen wegen der staatlichen Förderung, denn er spart seinen Anteil an den Lohnnebenkosten. Zum anderen ist es mit einer bAV einfacher, Arbeitnehmer an die Firma zu binden oder qualifiziertes Personal anzuwerben“, ist Dommermuth überzeugt. Ganz besonders, wenn die gesparten Lohnnebenkosten ganz oder teilweise über einen Zuschuss an die Mitarbeiter weitergegeben werden. Eine bAV lohnt sich also in den allermeisten Fällen – daran ändern auch die wenigen individuellen Sonderfälle nichts. Und das gilt auch in der aktuellen Niedrigzinsphase. Betriebsrentner können sich dabei auf die Anlagekompetenz der Versicherer verlassen, die weiter attraktive Renditen erwirtschaften. ■

Allianz 



© Allianz Lebensversicherungs-AG



# Wegezeit ist Arbeitszeit

EuGH-Urteil hat **Auswirkungen** auf deutsche Rechtsprechung

**D**er Europäische Gerichtshof (EuGH) hat mit seinem Urteil vom 10. September 2015 zum Aktenzeichen C-266/14 entschieden, dass für Arbeitnehmer ohne festen Arbeitsort die Fahrt zwischen ihrem Wohnort und dem ersten sowie dem letzten Kunden zur Arbeitszeit gehört.

Dem Urteil lag ein Sachverhalt zugrunde, bei dem ein in den meisten Provinzen Spaniens tätiger Arbeitgeber seine Arbeitnehmer mit der Installation und Wartung von Sicherheitssystemen zur Verhinderung von Diebstählen beschäftigte. Nachdem das Unternehmen seine Regionalbüros geschlossen hatte, wies es alle Angestellten dem Zentralbüro in Madrid zu. Die bei dem Unternehmen beschäftigten Techniker, die Sicherheitsvorrichtungen in Privathäusern sowie industriellen und gewerblichen Einrichtungen in dem ihnen zugewiesenen Gebiet installierten, hatten nie einen festen Arbeitsort. Sie starteten vor der Schließung der Regionalbüros von dort aus ihre ihnen zuvor zugewiesenen Touren. Nach der Schließung der Regionalbüros fuhren sie mit dem ihnen zur Verfügung gestellten Firmenfahrzeug von ihrem Wohnort zu den verschiedenen Arbeitsorten und am Ende des Tages vom letzten Kunden aus wieder zurück nach Hause.

Der Arbeitgeber erkannte die täglichen Fahrten zwischen dem Wohnort der Arbeitnehmer und dem Standort des ersten und des letzten Kunden nicht als Arbeitszeit an. Dieser Auffassung hat der EuGH mit dem vorzitierten Urteil eine deutliche Absage erteilt.

## Arbeitsvertragliche Tätigkeit

Nach der Ansicht des EuGH ist bei Arbeitnehmern, die sich in einer solchen Situation befinden, anzunehmen, dass sie während der gesamten Fahrzeit ihre arbeitsvertraglich geschuldete Tätigkeit ausüben. Die Fahrten der Arbeitnehmer zu den von ihrem Arbeitgeber bestimmten Kunden sind nach Auffassung des EuGH das notwendige Mittel, um an den Standorten dieser Kunden technische Leistungen erbringen zu können. Die Arbeitnehmer stehen dem Arbeitgeber während der Fahrzeiten zur Verfügung. Während dieser



Fahrten unterstehen sie nämlich seinen Weisungen, da er die Kundenreihenfolge ändern oder einen Termin streichen oder hinzufügen kann. Während der erforderlichen Fahrzeit, die sich zumeist nicht verkürzen lässt, haben die Arbeitnehmer somit nicht die Möglichkeit, frei über ihre Zeit zu verfügen und ihren eigenen Interessen nachzugehen. Deshalb ist es nach Auffassung des EuGH gerechtfertigt, zu sagen, dass bei einem Arbeitnehmer, der keinen festen Arbeitsort (mehr) hat und der seine Aufgaben während der Fahrt zu oder von einem Kunden wahrnimmt, dieser während der Fahrt arbeitet.

## BAG teilt Rechtsauffassung

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) dürfte die vorerwähnte Rechtsauffassung des EuGH teilen. Es hat bereits in seinem Urteil vom 12. Dezember 2012 – Az. 5 AZR 355/12 – auf die vertragstypischen Pflichten beim Dienstvertrag abgestellt, die in § 611 BGB normiert sind. § 611 Abs. 1 BGB besagt, dass durch den Dienstvertrag derjenige, welcher Dienste zusagt, zur Leistung der versprochenen Dienste und der andere Teil zur Gewährung der vereinbarten Vergütung verpflichtet ist. Das BAG ist der Ansicht, dass zu den im Sinne von § 611 Abs. 1 BGB „versprochenen Diensten“ auch das vom Arbeitgeber angeordnete Fahren vom Betrieb zu einer auswärtigen Arbeitsstelle gehört. Derartige Fahrten sind daher nach Auffassung des

BAG eine primär fremdnützige, den betrieblichen Belangen des Arbeitgebers dienende Tätigkeit und damit „Arbeit“. Durch das Anordnen der Fahrten macht der Arbeitgeber diese zur arbeitsvertraglichen Verpflichtung.

## Arbeitsverträge ausgestalten

Wichtig ist für Arbeitgeber, dass nach der Rechtsansicht des BAG mit der Einordnung der Fahrzeiten als Teil der im Sinne von § 611 Abs. 1 BGB „versprochenen Dienste“ noch nicht automatisch geklärt ist, wie sie zu vergüten sind. Das BAG hat vielmehr in dem vorerwähnten Urteil ausdrücklich klargestellt, dass durch Arbeitsvertrag oder Tarifvertrag eine gesonderte Vergütungsregelung für eine andere als die eigentliche Tätigkeit und damit auch für Fahrzeiten vom Betrieb zur auswärtigen Arbeitsstelle getroffen werden kann. Dies dürfte auch für ähnlich gelagerte Sachverhalte gelten, wie sie dem vorzitierten Urteil des EuGH zugrunde lagen, also für Wegezeiten vom Wohnort zum Kunden, wenn es keine Betriebsstätte (mehr) gibt, von der aus gestartet wird. Arbeitgeber sollten daher von dieser vom BAG eröffneten Möglichkeit Gebrauch machen und ihre Arbeitsverträge entsprechend ausgestalten lassen. ■

## Rückfragen:

Armin Rudolf, Rechtsanwalt und Notar,  
Tel: 0511/53899921, Fax 0511/53899911  
E-Mail rudolf@ritter-gent.de

# „Multikulturelle Blauäugigkeit“

Landtagsvizepräsident **Dr. Gerhard Papke** referierte vor Grundsatzausschuss des BDS Nordrhein-Westfalen

**S**pannend und informativ. So bewerteten unisono die Mitglieder des BDS-Grundsatzausschusses ihre Jahresendtagung im Kongress-Zentrum der Dortmunder Westfalenhallen.

Kein Geringerer als Nordrhein-Westfalens Landtagsvizepräsident Gerhard Papke erläuterte nämlich den Verbandsvertretern ein von ihm verfasstes Thesenpapier, in dem er eine „Werteoﬀensive und die Rückbesinnung auf eine wehrhafte Demokratie“ fordert.

Papke, der für seine klaren und deutlichen Worte bekannt ist, beklagte bereits zu Beginn seiner Ausführungen die Realitätsverdrängung bei großen Teilen von Politik und Medien. Viel zu lange hätten sie vor der Entstehung von Parallelgesellschaften in Deutschland die Augen verschlossen. „Multikulturelle Naivität“ habe dazu geführt, nicht eindeutig zu deﬁnieren, welche Voraussetzungen Migranten mitbringen müssten, um vorübergehend oder auf Dauer in Deutschland zu leben.

## Werbung für Hassparolen

Vor dem Hintergrund der Anschläge in Paris sei die Bedrohung durch den islamistischen Terror in den letzten Wochen in den Fokus der Aufmerksamkeit geraten, betonte Papke, so dass auch Deutschland davon viel stärker betroffen sei, als es auf den ersten Blick erscheine. Inzwischen gehe der Verfassungsschutz von etwa 8000 Personen aus, die der salafistischen Szene zugeordnet werden müssten. Der Innenminister spreche von 500 islamistischen „Gefährdern“ – allein in Nordrhein-Westfalen. Für ihn selbst sei es nicht hinnehmbar, unterstrich der FDP-Politiker, wenn in Wuppertal eine „Scharia-Polizei“ durch die Innenstadt ziehe oder in Bonn Islamisten in öffentlichen Parkanlagen Grillfeste veranstalteten, um für ihre Hass-



„Der pluralistische Wertekonsens wird in Deutschland verächtlich mit Füßen getreten“

(Dr. Gerhard Papke)

parolen zu werben. Damit werde die freiheitliche Werteordnung in Deutschland verächtlich mit Füßen getreten. Dies sei durchaus wörtlich zu nehmen, führte Papke aus und nannte als Beispiel einen salafistischen Messerstecher, der bei einer Demonstration in Bonn zwei Polizeibeamte schwer verletzt hatte. Der Salafist habe bei seinem Prozess vor dem Bonner Landgericht demonstrativ eine Kopie des Grundgesetzes durch den Saal geschleudert und weitere Anschläge angekündigt.

## Knallharte Forderungen

Dieser Entwicklung müsse Einhalt geboten werden, so das Credo des FDP-Spitzenpolitikers. In seinem Positionspapier fordert Papke daher unter anderem:

1. Wer deutscher Staatsbürger werden oder ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht in Deutschland bekommen möchte, hat sich vorbehaltlos und glaubwürdig zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen.

2. Das Asylrecht für politisch Verfolgte ist gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte ein Eckpfeiler unserer Demokratiekultur. Es darf allerdings nicht als unkontrollierter Zugang für Menschen dienen, die in Wahrheit die Werte unserer offenen Gesellschaft nicht teilen. Wir müssen wissen, wer zu uns kommt.

3. Die massiven Integrationsprobleme in Deutschland dürfen nicht länger ignoriert werden. Parallelgesellschaften, die sich abschotten, religiöse Intoleranz vermitteln und selbstverständliche Freiheitswerte wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau in Frage stellen, dürfen nicht länger als kulturelle Diversität verharmlost werden.

4. Wer deutscher Staatsbürger werden oder ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht in Deutschland erhal-

ten möchte, muss die deutsche Sprache sprechen. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist die Voraussetzung für erfolgreiche Integration in unsere Gesellschaft, für Verständigung und Verständnis füreinander. Nur so kann der Entstehung von Parallelgesellschaften entgegen gewirkt werden.

Auch die Flüchtlingskrise wurde von Papke thematisiert. Wer glaube, man könne eine Million Flüchtlinge allein im Jahr 2015 „mal eben so“ integrieren, dem könne er nur hochgradige Naivität bescheinigen, sagte Papke. Viele Migranten kämen aus ganz anderen Kulturkreisen, denen der tolerante westliche Lebensstil und der Respekt vor religiöser Vielfalt weitgehend fremd sei.

## Bruch des europäischen Asylrechts

Mit deutlichen Worten kritisierte der liberale Frontmann Angela Merkel. Die Bundeskanzlerin habe „Signale in andere Länder gefunkt“, die dort als allgemeine Einladung nach Deutschland zu kommen missverstanden worden seien. Auch habe die Bundesregierung die Anwendung des gemeinsamen europäischen Asylrechts außer Kraft gesetzt. Die sogenannte Dublin-III-Verordnung schreibe zwingend vor, dass jedes EU-Land Flüchtlinge registrieren und ihnen einen Aufenthalt gewähren müsse, auf dessen Boden diese Flüchtlinge Europa zuerst betreten. Wenn also Länder wie Österreich und Italien täglich tausende Flüchtlinge einfach nach Deutschland weiterleiteten, sei das ein eindeutiger Bruch des europäischen Asylrechts, zu dem die Bundesregierung praktisch eingeladen habe. „Das kann so nicht weitergehen.“ Papke unterstrich, dass deshalb eine schnelle Begrenzung des Flüchtlingsstroms nach Deutschland unverzichtbar sei. ■

A.S.



von BDS-Präsident Günther Hieber

## BDS gegen steigende Krankenkassenbeiträge

Es ist kein Geheimnis mehr: 2016 werden die Krankenkassenbeiträge steigen. Am Freitag, 18.12.2015, gab die DAK (Deutsche Angestellten Krankenkasse) bekannt, dass sie ihren Beitrag sogar drastisch um 0,6 Prozentpunkte (1,5 Prozent) auf 16,1 Prozent anheben werde. Die Techniker Krankenkasse (TKK) hat das Erhöhungsspiel der Beiträge begonnen. Gerade bei dieser Krankenkasse ist die Beitragserhöhung unverständlich, schließlich sind Rücklagen vorhanden, die zuerst

abgebaut werden sollten, bevor es zu einer Beitragserhöhung kommt.

Selbst wenn keine Rücklagen gebildet wurden, sollten die Krankenkassen über verwaltungsinterne Einsparpotenziale

### Kommentar

nachdenken, bevor sie ihre Mitglieder zur Kasse bitten. Die Erhöhung des Zusatzbeitrags (den Erhöhungsrahmen bestimmt jede Kasse selbst) muss von den Arbeitnehmern bezahlt werden, weil momentan der

Arbeitgeberanteil bei 7,3 Prozent eingefroren ist. Die folgenden Erhöhungen bei den Arbeitnehmern führen jedoch logischerweise wieder bei Lohnverhandlungen zu Lohnanpassungen, über die dann auch die Unternehmer als Arbeitgeber betroffen sind. Gleiches gilt für die bereits im Raum schwebende Erhöhung des Arbeitgeberanteils an den Kassenbeiträgen, deren Diskussion spätestens im Jahr der Bundestagswahl, also 2017, wieder angekurbelt werden wird. ■

## Auszeichnungen und Jubiläen verdienter BDS-Mitglieder

Zahlreiche Auszeichnungen und Jubiläen konnten baden-württembergische BDS-Mitglieder feiern: So wurden die Bankwitz-Architekten aus Kirchheim unter Teck als Finalisten des Ludwig-Erhard-Preises 2015 geehrt. Dieser begehrte Preis würdigt ganzheitliche Managementleistungen deutscher Unternehmen und Institutionen. Darüber hinaus feierte letztes Jahr der Lorenz-Elektrotechnikbetrieb in Rosengarten-Westheim 40-jähriges Jubiläum. Seit über 25 Jahren setzt sich der Gründer Roland

Geehrt wurden:

**Bankwitz-Architekten,  
Lorenz-Elektrotechnik,  
Bäckerei Riegler,  
Stöcklin & Schwab,  
Hotel Krone**

Lorenz als Haller Kreisvorsitzender des Bundes der Selbständigen für den Mittelstand ein.

Für seine besonderen Verdienste um Wirtschaft und Beschäftigung im Südwesten verlieh Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid die Wirtschaftsmedaille des Landes Baden-Württemberg an das traditionsreiche Familienunternehmen Bäckerei Riegler GmbH aus Heidelberg, das letztes Jahr seinen – sage und schreibe – 250. Geburtstag feierte. Ein weiteres BDS-Mitglied, die Schreinerei Stöcklin & Schwab

GmbH aus Grenzach-Wyhlen, erhielt im Herbst 2015 die Auszeichnung „Handwerksunternehmen des Jahres 2015“.

Und zum Abschluss noch eine besondere Ehrung: Das Hotel Krone aus Hirschberg-Großsachsen darf sich zukünftig den Titel „Unser himmlisches Hotel“ des TV-Senders VOX auf die Fahnen schreiben.

Wir vom BDS-Landesverband gratulieren noch einmal allen ausgezeichneten BDS-Mitgliedern ganz herzlich und wünschen auch weiterhin viel Erfolg! ■

# Zukunftswerkstatt Europa

**FDP-Chef Christian Lindner: „Wir denken in den großen Fragen zu klein“**

**W**ie erwartet, impulsiv und scharfsinnig, hat der FDP-Bundesvorsitzende Christian Lindner am Montag, 7. Dezember 2015, über die „Zukunftswerkstatt Europa. Neustart für die Marktwirtschaft – in Deutschland und der EU“ gesprochen und sich anschließend in einer Podiumsdiskussion den Fragen der teilnehmenden Verbände gestellt. BDS-Vizepräsident des Landesverbandes Baden-Württemberg, Günter Hecht, forderte in der Diskussionsrunde: „Uns als Unternehmer müssen wieder mehr Freiheiten gegeben werden. Stattdessen bekommen wir immer mehr Überwacher, Kontrolleure und Zertifizierer. Das muss sich ändern!“

Auf die Frage von Vizepräsident Günter Hecht, wie er sich vorstellen könne, die Finanzierung für kleinere Betriebe zu verbessern, war Lindners Antwort folgende: „In Deutschland liegen zwei Billionen Euro Anlagekapital in Lebensversicherungen und in Versorgungswerken. Der Staat bestimmt durch seine Vorschriften deren Anlagepolitik in Staatsanleihen und Beton.“ Lindner schlug vor, diese Anlagepolitik zu liberalisieren und ein bis zwei Prozent der zwei Billionen für die Finanzierung solcher Start-Ups und in die Infrastruktur zu stecken.

Das Thema „Flüchtlinge“ nahm am Abend eine zentrale Rolle ein. „Der Blick nach Frankreich auf das Ergebnis der Regionalwahlen, bei denen die Front National den höchsten Stimmenanteil bekommen hat, macht mir Sorgen“, erklärte Christian Lindner und fügte



hinzu: „Auch hier in Deutschland bezieht insbesondere eine Partei ihre Stimmen aus den Ängsten der Menschen!“ Seit einigen Monaten seien wir Zeugen eines Organisationschaos mit den Flüchtlingen, so Lindner, es fehle an professionellem Projektmanagement. Das und die innere Zerstrittenheit von CDU und CSU seien Wasser auf die Mühlen der Rechtspopulisten, betonte der FDP-Bundesvorsitzende.

Um die „Europasklerose“ zu kurieren und das Vertrauen in Europa wieder zurückzugewinnen, muss sich Europa, laut Lindner, wieder auf seine eigenen Werte berufen, diese ernst nehmen und nicht verwässern lassen. „Wir denken in Europa in den großen Fragen zu klein.“

**FDP-Bundesvorsitzender Christian Lindner und BDS-Vizepräsident Günter Hecht mit den Vertretern der beteiligten Verbände bei der Podiumsdiskussion**

Wir brauchen eine gemeinsame Asylpolitik, Energiepolitik, Nachbarschaftspolitik und gemeinsame Verbrechensbekämpfung“, sagte der FDP-Chef und führte fort, dass wir aber kein Europa bräuchten, das uns vorschreibt, wieviel Energie unser Staubsauger verbrauchen darf.

„Wir müssen uns in Deutschland davon trennen, dass man glaubt, Mittelstandspolitik sei nur für die Unternehmerinnen und Unternehmer. Es geht hier auch um die Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die im Mittelstand beschäftigt sind“, zog Lindner sein Fazit des Abends und sprach damit ein deutliches Schlusswort. ■



**K6 MEDIEN**

MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



☎ (0231) 33874133

☎ (0231) 33896183

✉ info@k6-medien.de

Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de



BDS-Mitglieder im Showroom, in dem neben Bi-Turbo- und Sauger-Motoren natürlich auch die Komplettpakete von AMG zu bewundern waren

# Von der „Roten Rennsau“ zum „Driving Performer“

## BDS-Mitglieder erhalten exklusive Führung bei AMG

Leider konnte sich das Gerücht, dass ein Mitglied von uns ein Auto gewonnen hat, nicht bestätigen“, scherzte BDS-Präsident Günther Hieber bei seiner Begrüßung im AMG-Showroom am Dienstag, 8. Dezember 2015. „Ich freue mich darauf, dass wir heute Nachmittag eine interessante Führung durch die AMG-Welt bekommen werden!“ Es war bereits die zweite Führung, die BDS-Mitglieder exklusiv bei AMG miterleben konnten.

### Die Legende von Spa

Los ging's im Showroom, in dem neben Bi-Turbo- und Sauger-Motoren natürlich auch die Komplettpakete von AMG zu bewundern waren. Mit großem Interesse lauschten die BDSler der Geschichte von AMG: 1967 gründeten Hans Werner Aufrecht und Erhard Melcher die Firma AMG - daher auch die ersten zwei Buchstaben im Firmennamen. Der dritte steht für Großaspach, wo die beiden Tüftler im Haus von Aufrechts an der Performance eines Rennsportmotors feilten. Der erste große sportliche Erfolg gelang 1971 beim 24-Stunden-Rennen von

Spa-Francorchamps - mit dem Klassensieg und zweiten Platz in der Gesamtwertung des AMG Mercedes 300 SEL 6.8, der so genannten Legende von Spa, der „Roten Rennsau“. 1976 zog das Unternehmen nach Affalterbach. 1990 kam es zum Kooperationsvertrag mit Mercedes-Benz und 1993 wurde das erste gemeinsame Fahrzeugentwicklungsprojekt, der C 36 AMG, umgesetzt. Seit Januar 2005 ist die Mercedes-AMG GmbH voll integriert in die Daimler AG. „Hier wurden früher nicht nur Autos frisiert, sondern auch Haare, denn Frau Aufrecht hatte zu Beginn ihr Friseurstudio neben der Tuning-Werkstatt“, be-

wies der Event-Manager, der die Gruppe herumführte, seinen Humor. Anschließend konnten die Gäste in der „Ich-wünsche-mir-noch-etwas-Besonderes“-Abteilung, wie der AMG-Guide die Entwicklungsabteilung liebevoll nannte, staunend bewundern, wofür AMG steht: für „Driving Performance“ vom Feinsten. Neben den Edelkarossen beeindruckte auch der Raum mit dem Lichttisch und die verschiedenen Lack- und Stoffmustervarianten ebenso wie Antriebswellen und Bremscheiben aus Karbon.

### Herzstücke von AMG

In den heiligen Testhallen konnte die Gruppe sehen, wie die Herzstücke von AMG - die Motoren - entwickelt und geprüft werden. Und zu guter Letzt überzeugte die raffiniert und höchst effizient durchdachte Motorenfertigung (Stichwort „One Man one Engine“) die Gäste endgültig vom hohen Niveau, in dem AMG sich fahrtechnisch bewegt.

Nach der beeindruckenden Führung stärkten sich die BDS-Mitglieder bei einem leckeren Essen mit Sektempfang im Restaurant „Schöne Aussichten“ in Winnenden und vertieften ihre Netzwerke.



BDS-Präsident Günther Hieber begrüßt die Verbandsmitglieder bei AMG

# Design und LED-Technik – Made in Stuttgart

Der BDS-Kreisverband Stuttgart besichtigte die Nimbus Group GmbH

von Martina Strohm

**H**ochwertige Designleuchten mit innovativer LED-Technik konnten die Mitglieder des BDS-Kreisverbands Stuttgart im September bei der Besichtigung der Nimbus Group GmbH in Stuttgart-Feuerbach bestaunen.

„Die Stuttgarter Wirtschaft bringt regelmäßig marktführende Produkte und Dienstleistungen hervor, wie wir wieder hier beim Besuch der Nimbus Group GmbH sehen können,“ begrüßte Reinhold Uhl, Vorsitzender des BDS-Kreisverbands Stuttgart die zahlreichen Mitglieder, die an der Netzwerkveranstaltung teilnahmen.

**Produktpalette der „Andersmacher“**  
Dieses Mal lernten die BDS-Mitglieder die Nimbus Group bei einer Führung durch den 1.500 Quadratmeter großen Showroom Mock-Up in Stuttgart-Feuerbach kennen. Hier konnten die Teilnehmer die Produktpalette der „Andersmacher“ bestaunen, wie sich das mittelständische Unternehmen selbst nennt. Vor rund 25 Jahren wurde es durch den Architekten Dietrich F. Brennenstuhl in einer Garage gegründet. Mittlerweile arbeiten 160 Mitarbeiter in der regelmäßig mit Designpreisen aus-



**Der BDS-Kreisverband Stuttgart besichtigte die Nimbus Group GmbH in Feuerbach**

Foto: BDS

gezeichneten Firma, die sich mit ihren Marken Nimbus und Rosso auf hochwertige Leuchten, Beleuchtungs- sowie Akustiklösungen spezialisiert hat.

## Nachhaltigkeit und Verantwortung

Nimbus setzte früher als andere Firmen auf die LED-Technik - den großen Durchbruch hatte der Mittelständler durch die Ausstattung des Hamburger Unilever-Gebäudes mit LED-Leuchten. Mittlerweile stattet es zahlreiche Wohnhäuser, Arztpraxen, Schulen bis hin zu kompletten Bürogebäuden und großen Firmenzentralen wie die

Hauptverwaltung der Welthandelsorganisation WTO in Genf aus. Sämtliche Unternehmensbereiche, wie Produktentwicklung, Design, Fertigung, Vertrieb und Logistik sind am Standort in Stuttgart konzentriert. Nachhaltigkeit und Verantwortung sind für Nimbus von großer Bedeutung: So forscht Nimbus nicht nur kontinuierlich an ihren Energie einsparenden LED-Leuchten, sondern betreibt die Lieferfahrzeuge mit Solarstrom, fördert zahlreiche Kinder- und Jugendprojekte und setzt auf das tägliche gemeinsame Frühstück mit der gesamten Belegschaft. ■

## IMPRESSUM

### Der Selbständige

Regionalteil Baden-Württemberg  
Präsident: RA Günther Hieber  
Hauptgeschäftsführer: RA Joachim W. Dörr  
Redaktion: Nadine Münch, Diplom Politik- & Kommunikationswissenschaftlerin  
Layout: Joachim Schäfer

Fotos und Grafiken: BDS Baden-Württemberg  
BDS Baden-Württemberg e.V., Taubenheimstraße 24, 70372 Stuttgart Bad Cannstatt  
Telefon 0711/95 46 68-0  
Fax 0711/95 46 68-33  
www.bds-bw.de  
E-Mail: presse@bds-bw.de

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr. Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung liegen bei K6 Medien/Alves, Dortmund, und dürfen nur mit ausdrücklicher,

schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.

**Hinweis:** In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.

# Aktuelle Termine der BDS-Orts- und Kreisverbände:

01.02.2016	BDS Schwäbisch Hall: VHS-Workshop Nr. 6: „Online-Kanäle“ – mit „Neuen Medien“ kostenlos Kunden beschaffen, VHS Schwäbisch Hall
06.02.2016	BDS Remseck: Musical-Besuch „Rocky“, Stuttgart
09.02.2016	BDS Remseck: BdS-Unternehmer-Frühstück, Remseck-Aldingen
16.02.2016	GV Illingen: 2. Sitzung Vorstand und Ausschuss
17.02.2016	BdS Kirchberg/ Murr: Vorstands- und Ausschusssitzung
24.02.2016	KV Esslingen: BDS-Feierabendtreff, Neckartailfingen
26.02.2016	HGV Schlierbach: Hauptversammlung 2016
29.02.2016	Ortsverband Schrozberg: Jahreshauptversammlung
01.03.2016	GV Tengen: Hauptversammlung
06.03.2016	GHV Stuttgart-Feuerbach: 3. Feuerbacher Gesundheitstag
07.03.-11.03.2016	GHV Stuttgart-Feuerbach: Feuerbacher Gesundheitswoche
12./13.03.2016	GHV Nufringen: GHV „open house“ 2016
12.03.2016	GHV Stuttgart-Feuerbach: Abschlussveranstaltung der Feuerbacher Gesundheitswoche

Weitere Termine immer aktuell unter [www.bds-bw.de/termine](http://www.bds-bw.de/termine)

## BDS-Mittelstandskundgebung in Schriesheim

Vizekanzler Sigmar Gabriel hält die Festrede auf dem Mathaisemarkt bei der traditionellen BDS-Mittelstandskundgebung am 7. März 2016 in Schriesheim. „Wir freuen uns sehr, dass der Vizekanzler und SPD-Chef die Einladung zu unserer traditionellen Kundgebung angenommen hat. Als Bundesminister für Wirtschaft und Energie ist er genau der richtige Ansprechpartner für den Mittelstand“, erklärte Günther Hieber, Präsident des BDS-Landes- und Bundesverbandes. „Wir werden unsere Anliegen wie gewohnt deutlich vortragen und sind auch sehr gespannt auf sein Resümee über die Wirtschaftspolitik zur Mitte der Legislaturperiode.“ Im Jahr 2015

**Vizekanzler  
Sigmar Gabriel  
ist Festredner  
bei der BDS-  
Mittelstands-  
kundgebung  
in Schriesheim**



konnte der CDU-Fraktionsvorsitzende im Landtag Baden-Württemberg Guido Wolf MdL und im Jahr davor der Ministerpräsident von Baden-Württemberg Winfried

Kretschmann (Bündnis 90/ Die Grünen) in Schriesheim als Festredner begrüßt werden. Beginn der Veranstaltung ist traditionell um 17.00 Uhr. ■

iPhone 6s  
**SCHNELLER ALS JE ZUVOR**  
**MIT BIS ZU 300 MBIT/S\* IM BESTEN LTE-NETZ**



Laut CHIP Netztest 2014/2015



 iPhone 6 

Lassen Sie sich jetzt zu unseren  
Top-Angeboten beraten!



**ERLEBEN, WAS VERBINDET.**

TM und © 2015 Apple Inc. Alle Rechte vorbehalten.

\* Maximal verfügbare LTE-Geschwindigkeit - u. a. abhängig vom Endgerätetyp und Netzausbaugebiet (Max. erreichbare Bandbreiten 300 MBit/s im Download und 50 MBit/s im Upload, Durchschnittsgeschwindigkeit lt. connect Test Ausgabe 1/2015 beträgt 36,4 MBit/s im Download und 20,6 MBit/s im Upload). Die Übertragungsgeschwindigkeit von bis zu 300 MBit/s ist in immer mehr Ausbauregionen verfügbar. Informationen zum Netzausbau und der Verfügbarkeit von LTE mit bis zu 300 MBit/s erhalten Sie unter [www.telekom.de/netzausbau](http://www.telekom.de/netzausbau).

Ein Angebot von: Telekom Deutschland GmbH, Landgrabenweg 151, 53227 Bonn.